

„Dekadenter Luxus gehört unterbunden“

Warum für den Wachstumskritiker Niko Paech Verzicht und Reduktion wichtig sind



Niko Paech ist außerplanmäßiger Professor an der Universität Siegen und bekannter Vertreter der Postwachstumsökonomie, einer wachstumskritischen Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaft.

Herr Paech, die konsumreiche Weihnachtszeit liegt hinter, das neue Jahr vor uns – wäre Verzicht da ein guter Neujahrsvorsatz?

Niko Paech: Allein eine Reduktionsstrategie kann noch dazu verhelfen, die ökologischen Lebensgrundlagen zu retten. Und Reduktion ist nicht gleich Verzicht. Wie können wir auf etwas verzichten, das uns auf Basis plünderungsfreier Arbeit nie zugestanden haben kann? Unser Reichtum resultiert nicht aus menschlicher Arbeitsleistung, sondern aus Technisierung und Globalisierung. Wir arbeiten immer weniger und erhalten dafür immer mehr materiellen Wohlstand. Das muss in einer physisch begrenzten Welt im Chaos enden.

Wollen Sie jetzt die Zeit zurückdrehen?

Manche modernen Errungenschaften sollten bewahrt werden, etwa der medizinische Sektor. Aber dekadenter Luxus, der zugleich ökologisch ruinös ist, gehört unterbunden. Wir werden zwischen Grundbedürfnissen und Überfluss unterscheiden müssen. Niemand erkrankt infolge eines Mangels an Kreuzfahrten oder SUVs.

Betreiben Sie also eine moralische Konsumkritik?

Aber natürlich. Wollen Sie eine Gesellschaft ohne Moral? Kritik an unnötigen Handlungen, die sich gegen das physische Überleben der Zivilisation richten, halte ich nicht für übertrieben moralisch. Die Nachhaltigkeitsdebatte ist zu konfliktuell. Wenn die Politik entgegen vereinbarten Klimaverpflichtungen nicht gegen Personen einschreitet, die ohne Not das Vielfache an CO₂ verursachen, was einem Menschen pro Lebenszeit zustehen kann, muss die Zivilgesellschaft aktiv werden.

Haben Sie da Vorschläge zum pragmatischen Handeln?

Wenn das Klima global gerecht stabilisiert werden soll, steht jedem Menschen eine Tonne CO₂ zu. Tatsächlich beträgt dieser Wert in Deutschland etwa elf Tonnen. Klimaschutz beginnt damit, die eigene CO₂-Bilanz zumindest grob in den Blick zu nehmen, um die großen Einsparpotenziale aufzudecken, die zu meist im Luxus liegen: Urlaubsreisen, Fleischkonsum, Autoverkehr und der viel zu schnelle Austausch von Konsumgütern et cetera. Klimaschutz heißt nicht, zu verarmen.

Sie machen den Vorschlag, anstatt 40 lediglich 20 Stunden zu arbeiten und die frei gewordene Zeit zum Beispiel für die Gartenarbeit aufzubringen.

Wenn grüne Technologien versagen, hilft nur der Rückbau des Industriesystems und um das sozial vertretbar zu organisieren, bedarf



Die Jacht als Statussymbol: Laut Niko Paech endet materieller Wohlstand in einer physisch begrenzten Welt im Chaos.

FOTO: ADRIAN BRADSHAW

es einer gerechten Verteilung der dann noch verfügbaren Arbeitszeit auf circa 20 Stunden pro Woche. Die nunmehr freigestellte Zeit kann für Aktivitäten genutzt werden, die zur Geldeinsparung beitragen, damit das reduzierte Einkommen für ein würdiges Leben reicht. Das sind hauptsächlich eigene Produktion – warum nicht beispielsweise im Garten? –, Reparatur und Gemeinschaftsnutzung.

Und mit dem Erwerb meiner 20-stündigen Lohnarbeit kann ich mir dann noch meinen Luxus erwerben?

Ökologisch harmloser, überschaubarer und erschwinglicher Luxus wäre schon noch möglich. Das könnten Dinge sein, die langlebig und reparabel sind, vor allem meine eigene Kompetenz fordern. Bei mir sind das zwei Saxophone und zwei Mountainbikes, aber zwei reparierte PCs, eine Stereoanlage und so weiter – alles alter Kram, den ich selbst instand halten und an dem ich reifen kann. Bücher und Tonträger gehören auch dazu. Je mehr ich mich auf den intensiven Gebrauch weniger Dinge konzentriere, möglichst im Austausch mit anderen,

desto höher ist meine Lebensqualität. Auch die Reparatur und gemeinschaftliche Nutzung gehört dazu. Wer sein Leben mit zu vielen Dingen zumüllt, die ihm nichts abverlangen und für deren Ausschöpfung die Zeit fehlt, betrügt sich um den Genuss.

Ist es realistisch, auf Sachen zu verzichten, an die ich mich jahrelang gewöhnt habe?

Es geht nicht um Verzicht, sondern um eine Befreiung von Überfluss, der mein Leben verstopft und mich von immer mehr Geld abhängig macht. Dabei helfen zwei Tricks, nämlich erstens die fossile Mobilität radikal einzuschränken, denn sie beruht auf ständig neu zu treffenden Entscheidungen, die jederzeit anders getroffen werden können. Zweitens hilft Nutzungsdauerverlängerung. Ich habe 1999 eine gebrauchte, aber recht gute Stereoanlage gekauft, das ist Luxus, na gut. Aber wenn ich die CO₂-Emissionen dieser Anlage auf die gesamte Nutzungsdauer durch mich und die vorherige Nutzerin, die ich nie kennengelernt habe, verteile, dann ist das ganz schön wenig. Genügsamkeit heißt also nicht Verzicht, sondern klug mit Gütern umzugehen und sie lange zu erhalten.

Und wenn ich nicht auf was verzichten

möchte und auf Zukunftstechnologien setze?

Dann üben Sie sich in magischem Denken. Technizistische Erlösungshoffnungen sind intellektuell auf mittelalterlichem Niveau. Bis heute existiert kein verallgemeinerbares Beispiel dafür, dass sich ökologische Schäden und Ressourcenknappheiten technologisch bewältigen ließen. Wir haben die Probleme stets nur räumlich, zeitlich oder physikalisch verlagert. Die Quittung sind nun Krisen, die uns zur Umkehr zwingen werden.

Die Preissteigerung aktuell führt bereits zu Verzicht oder wie sie sagen: Reduktion. Glauben Sie, das kann Ihren Ideen Vorschub leisten?

Aber selbstverständlich. Zum Glück bricht keine Katastrophe über uns herein, aber die schrittweise Verknappung und Verteuerung von Gütern wird eine kritische Auseinandersetzung mit unserem Lebensstil und Anpassungen auslösen. In einer fernen Zukunft werden unsere Nachfahren sagen, dass es die Krisen und eine Minderheit von Nachhaltigkeitspionieren waren, die den Wandel ermöglicht haben.

Das Gespräch führte Moritz Kalvelage.

VERZICHT

Weniger Geld im Portemonnaie

Konjunkturperte: 2023 wird für die meisten finanziell ein schlechtes Jahr

VON ERICH REIMANN

Düsseldorf. Das Jahr 2022 war für viele Menschen finanziell ein Albtraum. Explodierende Energiekosten und der dramatische Anstieg der Lebensmittelpreise zwangen Millionen Verbraucher, den Gürtel enger zu schnallen. Rasche Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Vieles spricht dafür, dass die meisten Menschen im nächsten Jahr real noch etwas weniger Geld im Portemonnaie haben werden als 2022. „2023 wird für die meisten finanziell noch einmal ein schlechtes Jahr“, sagte der Konjunkturperte Torsten Schmidt vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen. Die Reallohne würden wegen der hohen Inflation im kommenden Jahr voraussichtlich noch einmal um 1,7 Prozent schrumpfen – nach einem Minus von 3,7 Prozent im Jahr 2022. Erst 2024 werde es wieder aufwärts gehen.

Mit dieser Einschätzung steht Schmidt nicht allein. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt in seinem Jahresgutachten 22/23 zu dem Ergebnis, dass das Lohnwachstum 2023 in Deutschland „deutlich unterhalb der Inflationsrate“ liegen werde. Dabei rechnen die Experten für das kommende Jahr für Deutschland mit einer Inflationsrate von 7,4 Prozent.

Absehbar ist: In vielen Haushalten werden die Einkommen nicht so schnell steigen wie die Preise. Das dürfte etwa für viele der 21 Millionen Rentner in Deutschland gelten. Dem Entwurf des Rentenversicherungsberichts aus dem November zufolge können die Rentner in Westdeutschland ab Juli mit 3,5 Prozent mehr Geld rechnen und in Ostdeutschland soll das Plus bei 4,2 Prozent liegen. Dennoch sieht die Verbraucherzentrale NRW auch positive Entwicklungen im kom-

menen Jahr, die zumindest einigen Bevölkerungsgruppen helfen werden.

Dazu gehöre vor allem die Einführung des Bürgergeldes für Millionen Bedürftige zum 1. Januar, sagte der Vorstand der Verbraucherzentrale, Wolfgang Schulzinski. Angesichts der hohen Inflation steigen die Bezüge in der Grundsicherung 2023 um mehr als 50 Euro. So erhalten Alleinstehende künftig 502 Euro pro Monat, fast zwölf Prozent mehr als bisher. Auch das Wohngeld

steigt und soll künftig mehr Menschen zugute kommen.

Noch deutlich mehr Verbraucher werden von der Strom- und Gaspreisbremse profitieren. Viele Pendler dürften außerdem durch die angekündigte Einführung eines bundesweiten Nahverkehrsfahrscheins für 49 Euro pro Monat sparen können. Andere werden tiefer in die Tasche greifen müssen. So werden nach Angaben der Verbraucherzentrale NRW viele Kfz-Versicherungen im neuen Jahr teurer.

Höhere Krankenkassenbeiträge

Für die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Krankenkassenbeiträge – momentan im Schnitt bei 15,9 Prozent – nach den Plänen von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) um voraussichtlich 0,3 Punkte auf im Schnitt 16,2 Prozent angehoben. Auch die Bemessungsgrenzen, bis zu der das Einkommen in der gesetzlichen Krankenversicherung beitragspflichtig ist, steigt 2023 an – von 58.050 Euro auf 59.850 Euro im Jahr. Damit erhöhen sich die Krankenkassenbeiträge für Besserdienende zusätzlich.

Auch das Rauchen wird teurer. Die Steuern auf Zigaretten, Zigarillos und Tabak steigen. Packungen mit 20 Zigaretten kosten künftig durchschnittlich 18 Cent mehr.

Der Ukraine-Krieg, stark steigende Energiekosten und der dramatische Anstieg der Lebensmittelpreise sorgen zurzeit dafür, dass in etlichen Haushalten das Geld knapp wird.

FOTO: GAMBARINI/DPA



Tanker bringt Flüssigerdgas

Erstmals Ankunft in Lubmin

Lubmin. Erstmals ist ein mit Flüssigerdgas (LNG) beladener Tanker in den Lubminer Industriehafen eingelaufen, in dem sich ein schwimmendes LNG-Terminal befindet. Das LNG solle vor allen Dingen für das Herunterkühlen der Systeme des Terminals sowie technische Tests verwendet werden, erklärte Stephan Knabe vom Unternehmen Deutsche Regas. Die „Coral Furcata“ hatte am Donnerstag den vor der Küste Rügens liegenden Tanker „Seapeak Hispania“ angelaufen und LNG übernommen.

Es werde ein paar Tage dauern, bis die entsprechenden Teile des Terminals auf die notwendige Temperatur von minus 163 Grad heruntergekühlt seien. Erst danach könne gegebenenfalls auch eine Übergabe von Gas an das Gasnetz erfolgen, so Knabe.

„Selbstverständlich werden im Rahmen des Testbetriebes auch erste Mengen LNG regasifiziert und als Gas an den Netzbetreiber Cascade übergeben. Wir möchten das aber nicht als Einspeisung bezeichnen, um hier nicht falsche Erwartungen aufzubauen“, erklärte Knabe. „Für uns beginnt die Einspeisung, also der kommerzielle Betrieb, erst mit dem Start des Regelbetriebes unmittelbar nach erfolgreichem Abschluss der Testphase sowie nach Erhalt der Betriebsgenehmigung.“

Genehmigung für Betrieb fehlt noch

Die Erlaubnis für einen begrenzten Testbetrieb hatte die Deutsche Regas kurz vor Weihnachten von der zuständigen Landesbehörde erhalten. Für den eigentlichen Betrieb fehlt noch die Genehmigung. Die „Coral Furcata“ ist einer von drei eingepflanzten kleineren Tankern, die das LNG künftig durch den flachen Greifswalder Bodden transportieren soll. Die wesentlich größere „Seapeak Hispania“ soll vor Rügen als Zwischenlager dienen und wiederum von Tankern beliefert werden. Die Deutsche Regas spricht von einer „virtuellen Pipeline“.

Das große Spezialschiff „Neptune“ dient in Lubmin als schwimmendes Terminal, das das Flüssigerdgas aufnimmt, wieder in den gasförmigen Zustand versetzt und in Gasleitungen einspeist. So sollen jährlich bis zu 5,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas eingespeist werden können. Deutschland setzt beim Ersatz ausgefallener Gaslieferungen aus Russland unter anderem auf per Schiff geliefertes Flüssigerdgas. DPA

EU-KOMMISSION

Entgegenkommen der USA im Handelsstreit

Brüssel/Washington. Die EU-Kommission sieht ein Entgegenkommen der USA im Streit um ein milliardenschweres Subventionsprogramm für US-Firmen. Neue Leitlinien hätten bekräftigt, dass auch europäische Unternehmen teils davon profitieren könnten, teilte die EU-Kommission mit. Insgesamt schrieb die Kommission jedoch, dass der Inflation Reduction Act nach wie vor Sorgen bereite und die EU weiter anstrebe, dass EU-Hersteller nicht unter dem Gesetz diskriminiert würden. Dazu würden weitere Gespräche mit den USA geführt. US-Präsident Joe Biden hatte das Gesetz im August unterzeichnet. Es sieht milliardenschwere Investitionen in den Klimaschutz und Soziales vor. Nach Ansicht der EU-Kommission werden dadurch EU-Firmen gegenüber der US-Konkurrenz benachteiligt. So sind Subventionen und Steuererleichterungen unter anderem daran geknüpft, dass Unternehmen US-Produkte verwenden oder in den USA produzieren. DPA

IMMOBILIEN

Vonovia rechnet nicht mit sinkenden Preisen

Frankfurt/Main. Der Vorstandschef des Immobilienkonzerns Vonovia, Rolf Buch, erwartet trotz steigender Zinsen keinen Rückgang der Immobilienpreise. „Der Leerstand in den Städten ist niedrig. Ich habe selten erlebt, dass die Preise sinken, wenn die Nachfrage höher ist als das Angebot“, sagte Buch der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. „Natürlich werden wir die Wertsteigerungen der vergangenen Jahre so schnell nicht mehr sehen, aber die Werte werden weitestgehend stabil bleiben“, ergänzte Buch. Dass der Vonovia-Aktienkurs zum Jahresende so stark gefallen sei, liege an Investoren aus dem angelsächsischen Raum. Sie hätten mehr Angst vor einem Preisverfall. DPA